

=====
SAFER WORLD - Newsletter 121 – 16.06.2009
=====

BUCHHINWEISE

Thomas Mies/Karl Hermann Tjaden, Hrsg.:

Gesellschaft, Herrschaft und Bewußtsein, Symbolische Gewalt und das Elend der Zivilisation

Verlag Winfried Jenior, Kassel 2009, ISBN 978-3-934377-47-9 22, (22 €)

Dr. med. Joachim Mutter

Was uns heute krank macht – Wege zur Heilung Reihe Fit fürs Leben in der naturaviva Verlags GmbH.

ISBN 978-3-89881-526-0 (ca. € [D] 29,90 / sFr 52,20 / € [A] 30,8)

=====

CHEMILALIEN

22.05.2009

Wale und Delfine: Vollgepumpt mit Chemikalien - Studie zeigt Belastungen der Meeressäuger auf

Washington DC (pte/22.05.2009/13:43) - Meeressäuger wie etwa Delfine oder Wale sind Pestiziden und anderen Umweltgiften hoffnungslos ausgeliefert. Die bisher ausführlichste Studie über die Belastung durch gefährliche Chemikalien ist im Fachmagazin Environmental Pollution erschienen. Ein Forscherteam hatte dazu das Gehirn von elf verschiedenen Meeressäugern und einem gestrandeten Seehund untersucht. Unter den gefundenen Substanzen befanden sich auch einige, die bereits seit den 1970-er Jahren aufgrund ihrer Gefährlichkeit für den menschlichen Organismus verboten sind.

<http://presstext.de/pteprint.mc?pte=090522015>

Anmerkung Scherrmann:

An der Uni Ulm (Abteilung Analytische Chemie und Umweltchemie, bis 2005 Prof. Ballschmiter) werden schon seit zig Jahren Forschungen zu Chemikalienbelastungen von Meeressäugern durchgeführt. Durch die Veröffentlichung " Iss keinen Jaeger, schon gar keinen maennlichen" in der Zeitschrift "uni ulm intern - Wissenschaft/Forschung " im Jahre 1996 ist mir persoendlich klar geworden, dass nicht nur die Meeressaeger sondern mit Sicherheit auch wir Menschen am Ende einer Nahrungs- und Belastungskette stehen, welche erhebliche Auswirkungen auf die kommenden Generationen hat. Der Artikel aus dem Ballschmitter-Institut hat mich ueberzeugt, dass es dringlich ist, Chemikalien in Luft, Wasser, Boeden zu reduzieren.

=====

CHEMIKALIEN - BISPHENOL A

11.06.2009

Bisphenol A: Exposition des Menschen höher als vermutet

Columbia/New Haven/Cincinnati – Die Belastung der Bevölkerung mit Bisphenol A könnte wesentlich höher sein als bisher angenommen. Dies zeigt eine auf der Jahrestagung der US-Endocrine Society in Washington vorgestellte Studie. Weitere experimentelle Befunde weisen auf mögliche kardiale Risiken und intrauterine Schädigungen hin.

Mit der Ausnahme von Health Canada, die im letzten Jahr Babyflaschen aus Polycarbonat verbot, sehen die Kontrollbehörden der meisten anderen Länder keine Gefährdung der Bevölkerung durch die Exposition mit Bisphenol A, das Plastikprodukten oder Kunstharzen zugesetzt wird, um deren Eigenschaften zu verbessern.

Obwohl weltweit jährlich über 4 Millionen Tonnen der Chemikalie produziert werden, sollen nur geringe Spuren in den menschlichen Organismus gelangen. Frederick vom Saal von der Universität in Columbia/Missouri bezweifelt dies.

<http://www.aerzteblatt.de>

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=36917&src=suche&p=Bisphenol+A>

**

Bundestag 16.06.2009

Gegenwärtig keine Einschränkung beim Gebrauch von Bisphenol A

Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/AS) Für den Gebrauch des Weichmachers Bisphenol A (BPA) soll es in Deutschland gegenwärtig keine Beschränkungen geben. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (16/13104 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/131/1613104.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die Linke (16/12822 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/128/1612822.pdf>) hervor. Darin schreibt die Regierung, dass nach der vorliegenden Datenbasis die Voraussetzungen für ein Beschränkungs- oder Zulassungsverfahren nach der EU-Chemikalienverordnung REACH "derzeit nicht gegeben" seien. Wenn im Dezember 2010 das sogenannte REACH-Registrierungsdossier zu BPA eingereicht werde, könnten die Behörden mehr zur Bewertung, Beschränkung oder Zulassung des Stoffes sagen. In diesem Dossier würden auch weitere Informationen über die Herstellung, Verwendung sowie über weitere Studien enthalten sein. Bisphenol A ist ein chemischer Grundbaustein zur Herstellung von Polycarbonat-Kunststoffen oder Beschichtungen wie sie zum Beispiel in Babyflaschen, bei Plastikverpackungen oder bei der Innenbeschichtung von Dosen zu finden sind. Das Umweltbundesamt habe Ende März einen Workshop veranstaltet, auf dem von verschiedenen Forschern die Datenlage zu Bisphenol A diskutiert wurde.

=====

CHEMIKALIEN - DUFTSTOFFE

05.06.09

Bei Parfüm ist künstlich gesünder / Geringeres Allergierisiko bei synthetischen Inhaltsstoffen

Baierbrunn (ots) - Mehr als 80 Prozent der Duftstoffe in Parfüms stammen aus dem Labor - auch, wenn sie nach Beeren oder Blumen duften. "Das Allergierisiko ist geringer als bei natürlichen Stoffen", erklärte Elmar Keldenich, Geschäftsführer des Parfümerieverbandes den Hintergrund im Interview mit der "Apotheken Umschau". Eichenmoos beispielsweise enthalte Gerbstoffe, welche die Haut reizen könnten. "Grundsätzlich gilt: Je höher der Anteil an künstlichen Duftstoffen, umso verträglicher ist das Parfüm", so der Experte.

Quelle: Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau"
www.gesundheitpro.de und www.wortundbildverlag.de

Anmerkung Scherrmann:

Diese ots-Meldung (und der gesamte Artikel in der Apotheken Umschau: "So riecht der Sommer") ist ein Paradebeispiel fuer industrieinduzierte Meinungsbildung. Ueber die Vertraeglichkeit auessert sich der Geschäftsführer des Parfümerieverbandes, ohne eine wissenschaftliche Quelle zu benennen. Der wissenschaftliche Nachweis des geringeren Allergierisikos der ca. 3000 kuenstlichen Aromen duerfte nicht einfach sein. Das Allergierisiko von einigen kuenstlichen Aromen laesst sich jedoch nicht mehr wegdiskutieren. Das Allergierisiko als einziges Gesundheitsrisiko von Duftstoffen anzusehen ist angesichts der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse meines Erachtens irrefuehrend. Von dieser Ignoranz profitiert der Parfümerie-Einzelhandel mit einem Gesamtumsatz von 2,67 Milliarden € im Jahre 2008 (Quelle: <http://www.parfuemerieverband.de/statistik.htm>)

=====

CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

07.05.2009

EU: Schlechte Luft fordert jährlich 350.000 Todesopfer - Straßenverkehr als maßgeblicher Faktor der Luftverschmutzung

Wien (pte/15:32) - Die Luft in den Ballungsräumen Europas ist in den vergangenen Jahren zwar deutlich besser geworden, dennoch haben Hochrechnungen von Experten ergeben, dass die Luftverschmutzung jährlich immer noch 350.000 Todesopfer fordert. Hauptverursacher ist und bleibt der Straßenverkehr. Europäische Experten treffen sich derzeit in Wien zur Planungssitzung des Städteprojekts APHEKOM (Improving Knowledge and Communication for Decision Making on Air Pollution and Health in Europe).

"Schmutzige Luft ist als stiller Killer gefährlicher als die Grippe", meint Sylvia Medina vom French Institute for Public Health Surveillance <http://www.invs.sante.fr> in St. Maurice. Das große Problem der Luftverschmutzung sei die Tatsache, dass die Menschen tagtäglich und ein Leben lang damit konfrontiert sind. Zudem fehle es in der Öffentlichkeit am Verständnis dieses Problems. "Es ist sehr schwierig die Risiken zu kommunizieren", meint Hanns Moshhammer vom Institut für Umwelthygiene der Universität Wien <http://www.meduniwien.ac.at> im presstext-Gespräch. Es gehe nicht darum, Panik zu erzeugen, sondern aufzuklären. "Schließlich ist Luftverschmutzung eine kombinierte Einwirkung auf Lebenszeit."

"Derzeit beruhen unsere meisten Abschätzungen der Schäden auf Messwerten zur Luftqualität aus den Routinemessnetzen. Diese erfassen allerdings nur einen Teil der gesundheitlich relevanten Schadstoffe und erlauben keine quellenspezifische Zuordnung der Belastung", erklärt Moshhammer. Es sei sehr wichtig aufzuzeigen, dass politische Maßnahmen gewirkt und nicht nur die Luft verbessert haben, sondern auch zu einer Abnahme von Krankheiten und Todesfällen geführt haben. Ein Beispiel sei die Maßnahme eines Kohleverbrennungsverbots in Irland als quellenspezifische Bekämpfung. "Eines ist jedenfalls klar: Die Verbrennung gehört nicht vor die Nase der Menschen", meint Nino Künzli, Ordinarius für Sozial- und Präventivmedizin an der Universität Basel <http://www.unibas.ch> , gegenüber presstext.

Je näher die Distanz zu Straßen, desto größer ist das Risiko krank zu werden, könne man als Faustregel aufstellen. "Nahe an der Quelle steigen die Konzentrationen an Feinstäuben rasch auf das fünf- bis zehnfache an", so Künzli. Besonders gefährlich sind auch die in den europäischen Städten existierenden Straßenschluchten. Einer Studie von Rob McConnell zufolge, nimmt das Asthmarisiko bei Kindern, die an der Autobahn wohnen, mit der Entfernung zur Schadstoffquelle ab. "Erst vor wenigen Tagen ging in Portland/Oregon die jährliche Konferenz des Health Effects Institute <http://www.healtheffects.org> zu Ende, bei der wieder neue Studien von Experten vorgestellt wurden", meint Künzli. Jeden Monat gebe es neue Studienergebnisse, die alle in die gleiche Richtung weisen. Dennoch bleibe vieles unklar, da etwa nicht bekannt ist, wie viele Menschen in Europa 20, 30, 50 oder 100 Meter von Straßen entfernt wohnen.

Das einzige Gesetz, das aufgrund solcher Studienergebnisse erlassen wurde, verbietet die Neuerrichtung von Schulen an Autobahnen in Kalifornien, so Künzli. "Studien werfen immer noch große Fragen auf", betont der Mediziner. "Es besteht tatsächlich weiterhin großer Forschungsbedarf", meint auch Moshhammer. Luftreinhaltung berühre viele widerstreitende Interessen. Zur Umsetzung politischer Maßnahmen sei daher ein breiter politischer und gesellschaftlicher Konsens notwendig, der allerdings nur durch Partizipation betroffener Gruppen erreicht werden könne.

Eines sei allerdings klar, die Förderung der Dieselmotoren war politischer Nonsens, so Künzli. Es sei unbestritten, dass die Fein- und Feinstäube massive Gesundheitsschäden verursachen. "Man weiß, dass Ultrafeinstaub oxidative Wirkung hat und toxisch wirkt." Zu diesen Stäuben kommen zusätzlich noch andere Schadstoffe hinzu, die ein gefährliches Gemisch ergeben. Mit dem APHECOM-Projekt sollen fehlende Informationen zu Risikopotenzial und Wirkmechanismen der Schadstoffbelastung sowie Berechnungsansätze zum Nutzen von Reinhaltemaßnahmen ermittelt werden.

<http://presstext.de/ptepprint.mc?pte=090507036>

Anmerkung Scherrmann:

Erstaunlich bei dieser Pressemitteilung ist, dass ueber die Probleme der Risikokommunikation und denen der Umsetzung politischer Maßnahmen gesprochen wird. Um aufgrund der "widerstreitenden Interessen" handlungsfähig zu sein, ist es meines Erachtens notwendig, dass ein breit angelegtes interdisziplinäeres Forschungsprojekt mit Sozial-, Betriebs-, Politik-, Rechtswissenschaftlern, Paedagogen, Psychologen und Medizinern zusammen mit Toxikologen, anderen Naturwissenschaftlern und Behoerden etabliert wird,

- das sich mit den Ursachen und Folgen der "massiven Gesundheitsschaeden von Fein- und Feinstaeuben" auseinandersetzt und vor allem,
- das die vielfaeltigen Hemmnisse einer effektiveren Luftreinhaltung analysiert und
- das ueber Aufklaerung und Gesetze gezielt versucht, die Hemmnisse trotz der "widerstreitenden Interessen" abzubauen.

5.05.2009

Luftverschmutzung führt auch bei Erwachsenen zu Asthma

Das Risiko, an Asthma zu erkranken, ist umso höher, je mehr die Luft am Wohnort mit Feinstaub aus dem Straßenverkehr verschmutzt ist. Das gilt für Kinder, aber auch für erwachsene Nichtraucher. Zu diesem Schluss gelangen schweizerische Forscher nach einer Auswertung aktueller Studiendaten.

mehr unter

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/asthma/default.aspx?sid=546356>

30.03.2009

Feinstaubbelastung: Wissenschaftler finden Hinweise auf Gefäßveränderungen

Edinburgh – Eingeatmete Verkehrsabgase könnten zu relevanten Gefäßveränderungen führen. Das geht aus einer experimentellen Studie von Wissenschaftlern der Universität von Edinburgh hervor. Die Wissenschaftler weisen in ihrer Arbeit auf Gefahren für Fußgänger und Radfahrer in Großstädten hin (Particle and Fibre Toxicology 2009; 6:7 doi:10.1186/1743-8977-6-7). An der Studie nahmen allerdings nur zwölf junge männliche Nichtraucher teil. Mehr unter <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=30208>

=====

CHEMIKALIEN - GEFAHRSTOFFE

22.04.2009

Vom Institut für Arbeitsschutz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (BGIA): Was Sie schon immer über Gefahrstoffe wissen wollten: Ein neuer Internet-Service des BGIA Die Leitfäden, Broschüren, Datenbanken, Berichte und Betriebsanweisungen stammen von den Unfallversicherungsträgern und vom BGIA; sie richten sich an alle, die sich selbst oder andere vor Gefahrstoffbelastungen schützen wollen - am Arbeitsplatz und auch sonst.

Von Abbeizmittel, Alkohol im Betrieb und Asbest über Halogenkohlenwasserstoffe, Hautpflege und Holzschutzmittel bis hin zu Toluol, Tonern und Transport von Gasflaschen reicht das Spektrum. Das neue Internetportal des BGIA enthält - nach Stichworten geordnet - mehrere hundert Links zu praktischen Gefahrstoffinformationen der Unfallversicherungsträger. Einen besonderen Schwerpunkt bilden Hilfen zur Gefährdungsbeurteilung bei den unterschiedlichsten Tätigkeiten in einer Vielzahl von Branchen. Der Nutzer findet konkrete Anleitungen und Formulare, die dazu dienen, Gefährdungen systematisch zu erfassen, zu bewerten und Maßnahmen zur Verbesserung festzulegen.

Auch gefahrstoffrelevante Gesetze und Verordnungen sind übersichtlich gelistet, und aktuelle Themen wie REACH und GHS schnell gefunden. Daneben gibt es auch Hinweise auf Datenbanken mit kostenlosem Zugriff. Dazu zählen das Gefahrstoffinformationssystem GisChem der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie und die Stoffdatenbank GESTIS des BGIA, die auch Laien schnelle Antworten auf Gefahrstofffragen gibt.

Eine eigene Rubrik ist den Betriebsanweisungen gewidmet. Nach Branchen gegliedert, enthält sie mehr als 250 Betriebsanweisungen für den Umgang mit gesundheitsschädlichen Arbeitstoffen.

www.dguv.de/bgia/de/gestis/gefahrstoff_infos/index.jsp

und

15.06.2009:

BGIA-Arbeitsmappe hilft bei Gefährdungsbeurteilung nach Gefahrstoffverordnung

Die Gefährdungsbeurteilung ist ein zentrales Element der aktuellen Gefahrstoffverordnung. Sie soll helfen, Risiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen oder zu minimieren. Wie sich die oft abstrakten Forderungen der Gefahrstoffverordnung im Betrieb umsetzen lassen, beschreibt die Arbeitsmappe Messung von Gefahrstoffen des Instituts für Arbeitsschutz (BGIA) der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung.

Die Gefährdungsbeurteilung laut Gefahrstoffverordnung kann auf verschiedenen Wegen geschehen; einer davon ist die Messung der Gefahrstoffbelastung am Arbeitsplatz. Wie die Messwerte im Sinne des Arbeitsschutzes anschließend zu beurteilen sind, beschreiben die Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) 401 und 402, die im Herbst 2008 aktualisiert und damit an die geltende Gefahrstoffverordnung angepasst wurden. Die aktuelle Lieferung zur BGIA-Arbeitsmappe Messung von Gefahrstoffen geht noch einen Schritt weiter: Sie erläutert, wie sich die neuen Regeln konkret auf Gefahrstoffmessungen auswirken, und sie gibt praktische Hinweise zur Anwendung. Der Nutzer findet hier beispielweise Erklärungen zum Regelwerk für krebserzeugende, erbgutverändernde und fortpflanzungsgefährdende Stoffe, Bezugsquellen für Messverfahren, Maßstäbe zur Beurteilung der Atemwegsbelastung, aber auch die so genannten BG/BGIA-Empfehlungen, das sind Expositionsbeschreibungen für Verfahren und Tätigkeiten mit Gefahrstoffen. Sie entsprechen dem Stand der Technik und enthalten eine Beschreibung geeigneter Schutzmaßnahmen und Hinweise zur Kontrolle ihrer Wirksamkeit.

Soeben ist die 42. Lieferung der BGIA-Arbeitsmappe erschienen. Die Arbeitsmappe ist beim Erich Schmidt Verlag, Berlin als Druckfassung oder in elektronische Form (kostenpflichtig) erhältlich.

Weiterführende Informationen:
www.dguv.de, Webcode: d4385

Anmerkung Scherrmann:
Mich würde interessieren, ob schon jemand Erfahrung mit diesen Beurteilungen hat.

=====

CHEMIKALIEN - PHTHALATE

29.03.09

Haarspray ist ein Risiko für Babys - Häufiger Kontakt der Mutter begünstigt bei neugeborenen Jungen Harnröhren-Defekt

Baierbrunn (ots) - Schwangere, die viel mit Haarspray in Kontakt kommen - zum Beispiel als Angestellte in einem Friseursalon -, haben ein höheres Risiko, Söhne mit einer Fehlbildung der Harnröhre (Hypospadie) zu gebären, berichtet die "Apotheken Umschau". Für Frauen, die in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft häufig bestimmten Stoffen in Haarsprays - sogenannten Phthalaten - ausgesetzt waren, ist nach einer Studie des Imperial College London die Wahrscheinlichkeit mehr als doppelt so hoch, einen Sohn mit Hypospadie zur Welt zu bringen. Normalerweise leiden an dieser Fehlbildung etwa fünf bis acht von 1000 Neugeborenen.

http://www.presseportal.de/pm/52678/1421060/wort_und_bild_apotheken_umschau

=====

CHEMIKALIEN - SCHIMMEL

13.05.09

Schimmelpilze: eine unterschätzte Gefahr / Allergien und Infektionen durch Pilzsporen / Beseitigung sollte durch Fachleute erfolgen / TÜV Rheinland prüft die Qualität der Fachbetriebe

Köln (ots) - Wer beim Frühjahrsputz feuchte Ecken hinter Schränken oder Verfärbungen an Fensterrahmen oder Tapete entdeckt, könnte auf Pilzsporen gestoßen sein. "Die Lebensbedingungen für Schimmelpilze in Innenräumen waren noch nie so gut wie heute", sagt Michael Reichmann vom TÜV Rheinland.

Das liegt zum einen an der modernen Bauweise: Um Energie zu sparen, schließen Türen und Fenster luftdicht und Baumaterialien versiegeln die Gebäudehülle. Zum anderen liegt es auch an den geänderten Lebensgewohnheiten: Viele Wohnungen stehen den ganzen Tag über leer. Morgens werden die Räume aufgeheizt und dann den ganzen Tag über nicht gelüftet. Aber auch Kondensationsfeuchte - etwa nach dem Duschen - führt zur Ansiedlung und Vermehrung von Schimmelpilzen.

Schimmel sieht nicht nur hässlich aus und riecht teilweise unangenehm. Er kann auch gesundheitsschädlich sein. Schimmelpilze können Infektionskrankheiten verursachen, Allergien, Reizungen der Augen und Atemwege sowie Müdigkeit und Gliederschmerzen auslösen. Deshalb ist die Beseitigung nicht nur aus optischen Gründen erforderlich. Allerdings sollte die Sanierung ausschließlich von Fachleuten vorgenommen werden. "Wer meint, mit ein bisschen Farbe und Chemikalien Pilzsporen selbst beseitigen zu können, gefährdet seine Gesundheit", warnt Reichmann.

Unbedingt sollten die Ursachen für die Schimmelpilzansiedlung analysiert werden. Nur so kann vermieden werden, dass sich schon bald nach der Sanierung neue Sporen ansiedeln. "Die Wege, auf denen Feuchtigkeit ins Gebäude gelangt, müssen beseitigt werden", erklärt der Experte vom TÜV Rheinland.

Wer Rat und Hilfe bei der Schimmelpilzsanierung sucht, sollte sich an ausgewiesene Fachbetriebe wenden. Das Zertifikat für Fachbetriebe in der Schimmelpilzsanierung, das der TÜV Rheinland ausstellt, zeigt Kunden an, dass die Mitarbeiter des Betriebes in Messtechniken, Sanierungsverfahren und gesetzlichen Verordnungen geschult sind und dass das Unternehmen durch Experten (Auditoren) des TÜV Rheinland erfolgreich geprüft wurde.

www.tuv.com/presse

=====
CHEMIKALIEN - TABAK

7.05.2009

Nach 30 Jahren Qualmen ist fast jeder zweite starke Raucher tot

Rauchen ist gesundheitsschädigend. Diese bestens bekannte Tatsache dürfte wahrlich niemanden mehr überraschen. Überraschend ist aber dennoch, wie massiv die Lebenserwartung von starken Rauchern durch ihre Nikotinsucht in einer neuen Langzeitstudie verkürzt wurde. mehr

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/herzkreislauf/herzinfarkt/default.aspx?sid=547025>

30.05.2009

**World Heart Federation (WHF) warnt vor weiterer Verschlechterung von Gesellschaft und Wirtschaft durch Belastung von Tabakepidemie
6 Millionen Menschen werden sterben und es wird ein Schaden von 500 Milliarden Dollar entstehen**

Der Beschluss der G-20-Staaten einer Kapitalerhöhung für den Internationalen Währungsfonds (IWF) von 500 Milliarden Dollar, um von der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern zu helfen, löst eine globale Kontroverse aus.

Aufsehenerregende Studien zeigen jedoch, dass mit Tabak im Zusammenhang stehende Todesfälle und damit zusammenhängende Kosten durch Produktivitätsausfall, Gesundheitsausgaben, Mitarbeiterausfall und weit verbreitete Umweltbeeinträchtigung jedes Jahr den gleichen Betrag - 500 Milliarden Dollar - von der Weltwirtschaft fordern - eine Tatsache, die weit weniger Aufmerksamkeit erhält als sie eigentlich verdient.

Aus Anlass des Weltnichtrauchertags am 31. Mai fordert die World Heart Federation, mehr Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen von Tabakkonsum auf Gesundheit und Erkrankungen zu lenken. Tabakkonsum ist die am ehesten vermeidbare Todesursache und eng mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen verbunden, die die führende Todesursache weltweit darstellen. Schätzungen zufolge werden im Jahre 2010 6 Millionen Menschen an den Auswirkungen des Tabakkonsums sterben - mehr als an HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen - und fast dreiviertel (72%) davon in Ländern mit niedrigem und mittlerem Pro-Kopf- Einkommen. Der Konsum von Tabak kann zu Arterienverstopfung, Herzerkrankungen, Schlaganfall, plötzlichem Tod und Herzversagen führen.

Mehr Informationen über die World Heart Federation: <http://www.worldheart.org>

Quellenangabe:

- The Tobacco Atlas, Dritte Auflage, März 2009, <http://www.TobaccoAtlas.org>
 - Centers for Disease Control and Prevention (CDC). Die Auswirkungen von Rauchen auf die Gesundheit: Ein Bericht des Surgeon General, http://www.cdc.gov/tobacco/Data_statistics/sgr/sgr_2004/index.htm
 - Oxford Health Alliance, <http://www.oxha.org>
 - Tobacco Free Initiative, Weltgesundheitsorganisation, <http://www.who.int/tobacco/en/index.html>
- <http://www.presseportal.de/meldung/1414857>

29.05.2009

**Rauchende Eltern - schlechte Vorbilder
Nachwuchs rauchender Eltern fängt dreimal häufiger selbst an zu rauchen als Kinder nicht rauchender Eltern**

BOSTON (hub). Wie sehr rauchende Eltern negative Vorbilder für den Nachwuchs sind, hat jetzt eine Studie quantifiziert. Kinder rauchender Eltern greifen dreimal häufiger selbst zu Zigaretten als Kinder nicht rauchender Eltern: Ein weiteres Argument, um Patienten zum Rauchstopp zu motivieren.

[http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/neuro-
psychiatrische_krankheiten/suchtkrankheiten/default.aspx?sid=550598](http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/neuro-psychiatrische_krankheiten/suchtkrankheiten/default.aspx?sid=550598)

04. Juni 2009

Studie: Krankenversicherer sollen Milliarden in Tabakfirmen investiert haben

Eine Studie rückt große angelsächsische Kranken- und Lebensversicherer ins Zwielficht. Die Unternehmen halten demnach milliardenschwere Anteile an Tabakfirmen - und profitieren gleich doppelt. Eine Assekuranz bestätigt das Investment, andere Konzerne dementieren energisch. ...

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,628621,00.html>

Anmerkung Scherrmann:

Mal wieder ein Beispiel dafuer, dass Krankenkassen an Praevention wenig interessiert sind.

=====

ELEKTRO - MAGNETISCHE STRAHLUNG

Vpm Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog

15.06.2009

WLAN macht uns alle krank, das müssen wir stoppen

<http://omega.twoday.net/stories/5751568/>

Schützen uns die Grenzwerte für Mobilfunkantennen?

<http://omega.twoday.net/stories/5757115/>

Pariser Debatte über Mobilfunkstrahlung mit Regierung, Betreibern und Umweltorganisationen <http://omega.twoday.net/stories/5759224/>

Der (Mobilfunk)Verharmlosungsrat

<http://omega.twoday.net/stories/5762917/>

8.06.2009

In ganz Europa nimmt die Zahl der elektrosensiblen Menschen zu

<http://omega.twoday.net/stories/5741003/>

Lebensberichte von Elektrosensitiven <http://tinyurl.com/pctycd>

Elektromog verzehnfacht <http://omega.twoday.net/stories/5748292/>

Späte Lehren aus frühen Warnungen <http://omega.twoday.net/stories/5743433/>

Polen: Mobilfunkabbau in Verbindung mit Bürgerprotesten

<http://omega.twoday.net/stories/5747271/>

Mobilfunknetze: Liechtenstein hat die Chance, der übrigen Welt den Weg zu zeigen

<http://omega.twoday.net/stories/5742052/>

Von Diagnose-Funk:

Frankreich verbietet Handys an Volksschulen

Gemäss verschiedener internationale Medien, verbietet Frankreich aufgrund gesundheitlicher Bedenken den Gebrauch von Mobiltelefonen an Volksschulen. <http://www.diagnose-funk.org/politik/behoerden-int/frankreich-verbietet-handys-an-volksschulen.html>

Gouverneur proklamiert Elektromagn. Sensitivität

Der Gouverneur von Florida, Charlie Crist hat eine erstaunliche Proklamation unterschrieben, mit der er den Mai 2009 zum Monat des Bewusstseins für Elektromagnetische Sensitivität (EMS) erklärt.

<http://www.diagnose-funk.org/politik/politik-int/gouverneur-proklamiert-elektromagn-sensitivitaet.html>

Unter dem Einfluss elektromagnetischer „Allergene“

In einer Übersichtsarbeit, die in einer bevorstehenden Ausgabe von Pathophysiologie veröffentlicht werden wird, hat Johansson die Resultate von dutzenden von Studien, die Auswirkungen von EMFs auf ... <http://www.diagnose-funk.org/gesundheit/erkenntnisse/elektrosensibilitaet/uebersichtsarbeit-zum-thema-strahlung-.html>

=====

GRUENE GENTECHNIK

Monsanto auf der Spur

Interview mit Marie-Monique Robin

Die Produkte des Chemie- und Gentechnik-Konzerns Monsanto erzeugen weltweit große Schäden bei Gesundheit, Umwelt und Sozialstrukturen. Die französische Journalistin Marie-Monique Robin hat die Aktivitäten des Konzerns vier Jahre lang untersucht. // Martin Fütterer

<http://www.schrotundkorn.de/2009/200905b01.php>

Gentechnik und globale Landwirtschaft - Thesen

entwickelt zum Gute Nacht G8 Forum 10.3.2007, zuletzt aktualisiert zum MAUS UNI Seminar Nov. 08

Gegenthesen (inclusive ausführlicher Begründungen) gegen die Thesen der Gentec-Lobby wie

1. Zukunftstechnologie,
2. Umweltfreundlichkeit
3. Nachhaltigkeit
4. Nachwachsende Rohstoffe
5. Wohlstand für die Bäuer_innen
6. Geistiges Eigentum
7. Höhere Erträge
8. Bekämpfung des Hungers
- 9a. Gesundheit – Die KonsumentInnen
- 9b. Gesundheit – Die Bäuer_innen
10. Was Tun?

<http://www.mausev.privat.t-online.de/Textarchiv/GentechnikUndGlobaleLW.pdf>

=====

INDUSTRIE

05.05.09

Pflanzenschutz- und Düngemittel-Industrie im Aufwind

Frankfurt/Main (ots) - Das Allzeithoch bei den Agrarpreisen hat der Pflanzenschutz- und Düngemittel-Industrie im Jahr 2008 außergewöhnliche Wachstumsraten beschert. Der Weltmarkt für Pflanzenschutzmittel verzeichnete ein Plus von über 25 Prozent und erreichte 41,7 Milliarden Dollar (Vj.: 33,2 Mrd.). "In wichtigen Regionen - insbesondere in Osteuropa, Südamerika und Asien - kam es durch die Preisentwicklung zu einem starken Intensitätsschub in der Landwirtschaft", erklärte dazu der Präsident des Industrieverbands Agrar e. V. (IVA), Hans Theo Jachmann, Syngenta Agro GmbH, vor der Presse in Frankfurt. "Es lohnte sich für die Bauern, auf hohe Erträge zu setzen".

Auch in Deutschland sind die Umsätze mit Pflanzenschutzmitteln kräftig gestiegen. Mit 1,38 Milliarden Euro lagen die Verkäufe der IVA-Mitgliedsfirmen an den Großhandel fast 12 Prozent über dem Niveau von 2007 (1,23 Mrd.). Die abgesetzte Wirkstoffmenge blieb dagegen zwei Prozent unter dem Vorjahreswert. Der höhere Umsatz resultierte aus Preissteigerungen und einer verstärkten Nachfrage nach innovativen Pflanzenschutzmitteln.

Die Exporterlöse der IVA-Mitglieder im Pflanzenschutz haben sich ebenfalls kräftig erhöht und liegen mit rund drei Milliarden Euro 13 Prozent höher als im Vorjahr (2,64 Mrd.).

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 47 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie. ...

Originaltext:Industrieverband Agrar e.V.

http://www.iva.de/presse_news/pr_artikle.asp?doc=407

Anmerkung Scherrmann:

Ich habe den Anfang dieses Presseartikels aufgenommen, weil hier das Denken und Handeln der Pflanzenschutz- und Düngemittel-Industrie klar zum Ausdruck kommt. Für diejenigen, die anderer Meinung sind, kann es ggf. hilfreich sein, die vorliegenden Argumente zu kennen, um die eigenen klarer zu artikulieren.

=====

KRANKHEITEN

1.04.2009

Neue Leitlinien für Migräne und Kopfschmerz herausgegeben

Die Deutsche Migräne- und Kopfschmerzgesellschaft (DMKG) hat in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Neurologie (DGN) eine ausführliche revidierte Fassung ihrer evidenzbasierten Leitlinie für die Therapie der Migräne bei Erwachsenen vorgelegt. Mehr unter <http://www.aerztezeitung.de/nel/?sid=540938&rub=kopfschmerzen&c=1&n=2>

Anmerkung Scherrmann:

Es wird mit keinem Wort erwähnt, dass Duftstoffe und/oder andere Chemikalien Migräneattacken und andere Kopfschmerzarten auslösen können, und dass deshalb das Meiden dieser Substanzen eine wirkungsvolle Therapie darstellen könnte.

31.03.2009

Arzneimittelverordnungen wegen ADHS steigen

Berlin – 407.000 gesetzlich Versicherte nahmen 2008 verschreibungspflichtige Medikamente gegen eine Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätssyndrom (ADHS) ein. Das sind fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Das gab die Bundesvereinigung
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=30257>

Anmerkung Scherrmann:

Auch hier wird nicht erwähnt, dass ADHS auch in Zusammenhang mit Schadstoffen stehen kann. Mehr unter: Ulf Sauerbrey: Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) durch Umweltgifte <http://www.safer-world.org/d/krank/adhs.htm>

25.03.2009

Anästhesie: Lernstörungen nach Narkosen im Kleinkindalter

Rochester – Kann eine Narkose die Hirnentwicklung von Kleinkindern schädigen? In einer bevölkerungsbasierten Kohortenstudie in Anesthesiology (2009; 110: 796-804) waren Zahl und Dauer von Vollnarkosen in den ersten drei Lebensjahr mit einer erhöhten Rate von späteren Lernstörungen assoziiert.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=30140>

14.03.2009

Früh gebrechlich / Deutsche leiden im europäischen Vergleich frühzeitig an Altersbeschwerden

Baierbrunn (ots) - Die Aussichten auf einen gesunden Lebensabend sind für Menschen in Deutschland nicht so gut wie gedacht. Im EU-weiten Vergleich liegen wir im hinteren Mittelfeld, berichtet die "Apotheken Umschau". Aus einer Studie der Universität Leichester (Großbritannien) ist zu entnehmen, dass 50-jährige Männer und Frauen im Spitzenreiterland Dänemark im Schnitt weitere 24 beschwerdefreie Jahre vor sich haben. Gleichaltrige Deutsche dürfen sich nur noch auf 13,5 gesundheitlich ungetrübte Jahre freuen.

www.gesundheitpro.de und www.wortundbildverlag.de

Anmerkung Scherrmann:

Ich vermute, dass die Luftqualität der Innen – und der Aussenluft bei den Unterschieden des "gesunden Lebensabends" in Daenemark und Deutschland eine entscheidende Rolle spielt.

=====

LAERM

Lärm: Die Belastung fängt im Kindesalter an

UBA-Studie identifiziert Verkehr und Freizeitaktivitäten als häufige Lärmquellen

Der Alltag gibt den Kindern permanent etwas auf die Ohren. Untersuchungen des Umweltbundesamtes (UBA) zur Lärmexposition und zu Lärmwirkungen bei 1.084 Kindern im Alter von acht bis 14 Jahren zeigen: Jedes achte Kind weist eine auffällige Minderung der Hörfähigkeit auf. Jedes sechste Kind wohnt an stark befahrenen Haupt- oder Durchgangsstraßen, wobei bei fast zwei Dritteln davon das Kinderzimmer zur Straße ausgerichtet ist. Letztere Gruppe hatte andeutungsweise im Mittel einen leicht erhöhten Blutdruck. Jedes sechste der 11- bis 14-jährigen Kinder fühlt sich tags und jedes zwölfte

nachts durch Straßenverkehrslärm belästigt. Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus sind insgesamt stärker betroffen. „Wir sollten uns bewusst werden, dass wir in einer zu lauten Welt leben. Lärm ist ein Stressfaktor für Erwachsene wie auch für Kinder. Hohe Schallpegel führen zu Gehörschäden, die sich über das gesamte Leben hinweg summieren. Deshalb müssen wir besonders Kinder und Jugendliche vor Lärm schützen“, sagte Dr. Thomas Holzmann, Vizepräsident des UBA.

http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2009/pd09-022_laerm_die_belastung_faengt_im_kindosalter_an.htm
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3617.pdf>

Anmerkung Scherrmann:

Meines Erachtens sind die Gesetze zum Schutz vor Laerm ineffizient. Dass Laerm Aggressionen steigern kann, wird in dem gesamten 287-seitigen Papier nicht erwahnt. Ich finde, es waere wichtig, dass sich die Forschung mit diesem Aspekt von Laerm beschaefigt.

=====

RECHT

28.04.09

Verbraucherinformationsgesetz ist ein Fehlschlag / Greenpeace: Bilanz des VIG nach einem Jahr offenbart eine Mogelpackung

Hamburg (ots) - Das vor einem Jahr in Kraft getretene Verbraucherinformationsgesetz (VIG) hat sich als Fehlschlag erwiesen. Diese Bilanz zieht Greenpeace auf Basis eigener Anträge und der geringen Nutzung des Gesetzes durch die Bürger. Häufig ist unklar, an welche Stellen sich Antragsteller wenden müssen, wie viel die Anfragen kosten und welche Daten überhaupt freigegeben werden. Das VIG wurde nach zahlreichen Gammelfleisch-Skandalen verabschiedet. Greenpeace fordert, dass die aktuellen Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen auch ohne Antrag regelmäßig im Internet veröffentlicht werden.

"Das Gesetz ist eine Mogelpackung. Aktuelle Informationen bleiben damit Mangelware", sagt Manfred Redelfs von der Greenpeace-Rechercheabteilung. "Wenn die Bundesregierung den Verbraucher ernst nimmt, sollte sie endlich ein Gesetz vorlegen, das einen weitreichenden Auskunftsanspruch garantiert, eng gefasste Ausnahmeklauseln hat und kurze Antwortfristen vorgibt."

Auf einige VIG-Anfragen von Greenpeace zur Pestizidkontrolle bei Obst und Gemüse und Verstößen gegen die Kennzeichnungspflicht bei Gen-Food liegen auch ein Jahr später noch keine Antworten vor. Als Begründung nannten die Behörden in Niedersachsen die Erkrankung einer Mitarbeiterin. Sachsen-Anhalt betrachtet die Information, welche Geschäfte pestizidbelastetes Obst und Gemüse verkauft haben, als schützenswerte "wettbewerbsrelevante Information" und machte keine Angaben über die Verkaufsstellen. Die Stadt Hamburg teilte mit, es gebe keine Verstöße gegen die Gentechnik-Kennzeichnungsverordnung, verlangte für diese Auskunft aber 96 Euro.

"Hinzu kommt, dass die Behörden das schlechte Gesetz auch noch gegen Verbraucherinteressen auslegen", kritisiert Redelfs. Bisher nutzt in Deutschland nur der Bezirk Berlin-Pankow die Möglichkeit, im Internet aufzulisten, welche Beanstandungen bei der Hygiene-Kontrolle in Restaurants und Imbissen festgestellt worden sind. Solche Übersichten sind in Dänemark schon seit Jahren üblich.

Eine Reform des Verbraucherinformationsgesetzes muss zudem dazu genutzt werden, die bestehenden Informationszugangsgesetze in einer Regelung zu bündeln. Aktuell gibt es mit dem Umweltinformationsgesetz, dem Informationsfreiheitsgesetz und dem Verbraucherinformationsgesetz des Bundes sowie eigenen Regelungen der Länder insgesamt 29 verschiedene Informationszugangsbestimmungen. "Wer wirklich mehr Transparenz und Bürgernähe will, sollte auch bei den gesetzlichen Bestimmungen transparent sein", so Redelfs.
www.greenpeace.de .

=====
TAGUNGSBERICHT

**Gewissenhafte Forschung.
Diagnose und Handlungsmöglichkeiten bei Vergiftungen in der Arbeitswelt**
Trier, Freitag, 15. Mai 2009 - Sonntag, 17. Mai 2009:
Alle Vortraege sind downloadbar unter <http://www.kath-akademie-trier.de/>

=====
WISSENSCHAFT

29.05.2009
Fälschungen in der Wissenschaft weit verbreitet - Jeder Siebte verheimlicht ungünstige Ergebnisse
Nicht immer geht die Wissenschaft korrekt mit Ergebnissen um

Edinburgh/Wien (pte/29.05.2009/13:55) - Nicht immer nehmen es Wissenschaftler so genau mit der Wahrheit. Daten werden zurechtgebogen und verschönert, damit das Ergebnis stimmt. Manchmal sind Untersuchungen gar frei erfunden. Dieses heiß debattierte Phänomen hat Daniele Fanelli von der Universität Edinburgh <http://www.ed.ac.uk> in konkrete Zahlen gefasst. Er analysierte 18 internationale Untersuchungen, in der Forscher nach eigenem Fehlverhalten oder nach dem von Kollegen befragt wurden. Zwecks des besseren Vergleichs konzentrierte er sich auf Fälle, in denen Daten manipuliert wurden. Plagiate und andere Formen des Fehlverhaltens berücksichtigte er somit nicht. Die in der Online-Ausgabe des Fachjournals Proceedings veröffentlichten Ergebnisse zeigen: Datenfälschungen sind weit verbreitet.
<http://pressetext.de/ptepprint.mc?pte=090529028>

=====
POLTIK - BEHOERDEN

=====
POLITI K - EUROPARAT

5. Dezember 2008
Strassbourg, Europarat: Konferenz zu Umwelt und Gesundheit:
Leider nur in Franzoesisch und in Englisch

Conférence sur environnement et santé : Pollution intérieure et les maladies multisystèmes

http://assembly.coe.int/Main.asp?link=http://assembly.coe.int/Conferences/2008Sante/CompteRendu_F.htm

Conference on Environment and Health: Indoor Pollution and Multi System Illnesses:
http://assembly.coe.int/Main.asp?link=http://assembly.coe.int/Conferences/2008Sante/CompteRendu_E.htm

(inclusive Statement von Ingrid Scherrmann: Handeln ist notwendig:
Deutsch: www.safer-world.org/d/Forderungen.pdf

=====

BUNDESTAG

28.05.2009

Grüne fordern Verbot bleihaltiger Jagdmunition

Ernährung und Landwirtschaft/Antrag

Berlin: (hib/HAU) Die Verwendung von bleihaltiger Munition und Bleimunition bei der Jagd zu verbieten, fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag, der am Donnerstag in erster Lesung durch den Bundestag beraten wird. Für das Inkrafttreten des Verbotes sollen angemessene Übergangsfristen festgelegt werden, heißt es in dem Antrag. Solange derartige Munition nicht verboten sei, müsse sichergestellt werden, dass kein mit Blei verunreinigtes Wildfleisch in den Lebensmittelhandel gelangt. Die Abgeordneten fordern zudem die Bundesregierung auf, sich für ein EU-weites Verbot der Verwendung bleihaltiger Munition bei der Jagd einzusetzen.

Expertin: Kein Gesundheitszwang durch individualisierte Medizin

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (Expertengespräch)

Berlin: (hib/TEP) Individualisierte Medizin darf nicht zu einem "Zwang zur Gesundheit" führen. Das sagte Regine Kollek, Professorin für Technikfolgenabschätzung der modernen Biotechnologie in der Medizin an der Universität Hamburg, am Mittwochnachmittag bei einem Expertengespräch zum Thema "Individualisierte Medizin und Gesundheitssystem". ...

22.05.2009

Im Bundestag notiert: Emissionsminderungsziele für feine Partikel

Verkehr und Bau/Antwort

Berlin: (hib/BOB) Die Bundesregierung befürwortet, verbindliche Emissionsminderungsziele für feine Partikel - die auch die Rußpartikel umfassen - festzulegen. Sie wirke "aktiv" mit, entsprechende Regelwerke auszugestalten, erklärt sie in ihrer Antwort (16/12918 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/129/1612918.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/12650 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/126/1612650.pdf>). Rußpartikel sind überwiegend feine Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometern. Sie entstehen bei unvollständigen Verbrennungsprozessen, vor allem in Dieselmotoren.

12.05.2009

Im Bundestag notiert: **Workshops zu den Risiken von Bisphenol A (BPA)**

Umwelt/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/AS) Die Ergebnisse eines Workshops zu den Risiken von Bisphenol A (BPA) stehen im Mittelpunkt einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke (16/12822 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/128/1612822.pdf>). Das Umweltbundesamt veranstaltete vom 30. bis 31. März einen Workshop zu den Wirkungsweisen des chemischen Stoffes, der für die Produktion von Polycarbonat und Epoxidharzen eingesetzt wird und sich unter anderem in Plastikverpackungen und in Innenbeschichtungen von Dosen befindet. Die Fraktion möchte wissen, wer zu dem Workshop eingeladen wurde und welche Erkenntnisse dort über die Zahl der vorliegenden Studien zu BPA vorgetragen wurden.

11.05.2009

Expertenmehrheit sieht Änderungsbedarf bei Biopatentrecht

Rechtsausschuss/Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Anhörung)

Berlin: (hib/HAU) Eine Änderung der EU-Biopatentrichtlinie, mit dem Ziel, eine Patentierung von Pflanzen und Tieren zu verhindern, wird von Experten begrüßt. Das wurde bei einer vom Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gemeinsam veranstalteten öffentlichen Anhörung am Montagnachmittag deutlich. Grundlage des Hearings war ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/11604 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/116/1611604.pdf>), der eine Verbesserung der europäischen Biopatentrichtlinie fordert. Sowohl Inken Lampe vom Deutschen Bauernverband (DBV) als auch Bettina Locklair vom Kommissariat der Deutschen Bischöfe lehnten Patente auf Pflanzen und Tiere entschieden ab. Andreas Popp vom Chemiekonzern BASF hingegen bezeichnete eine Überarbeitung der Richtlinie als "nicht erforderlich". Ein fehlender Patentschutz führe zu sinkenden Anreizen, in die Biotechnologie zu investieren. ...

6.05.2009

Gesundheitsbewusstsein der Bürger stärken

Petitionsausschuss

Berlin: (hib/LEU) Die Gesundheitsvorsorge soll unterstützt und gesundheitsbewusstes Verhalten gefördert werden, sofern nicht spezielle Tarife betroffen sind. Dafür hat sich der Petitionsausschuss am Mittwochmorgen ausgesprochen und einstimmig beschlossen, die zugrunde liegende Eingabe den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben und dem Bundesministerium für Gesundheit als Material zu überweisen. Damit soll sichergestellt werden, dass das Anliegen des Petenten in die Vorbereitung eines geplanten Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung einbezogen wird. ...

20.03. 2009

Umwelt/Gesetzentwurf

Berlin: (hib/AS) **Der Schutz vor schädlichen Wirkungen nichtionisierender Strahlungen soll verbessert werden.** Dazu hat die Koalition im Rahmen der Neuregelung des Umweltrechts einen Gesetzentwurf (16/12276 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/122/1612276.pdf>) vorgelegt. Er wird am Freitag in erster Lesung beraten. Damit würden Empfehlungen der Europäischen Union zum Schutz vor elektromagnetischen Feldern umgesetzt. Neue Vorschriften würden damit auch für den

Bereich der optischen Strahlung getroffen. Insbesondere Minderjährige sollten in Zukunft besser vor den Auswirkungen künstlicher UV-Strahlung geschützt werden. Die Regierung stützt sich dabei auf Erkenntnisse, wonach UV-Strahlungen sowohl die Entstehung von Hautkrebs als auch den Verlauf einer Hautkrebserkrankung entscheidend beeinflussen können. In der Medizin solle daher die Anwendung von nichtionisierenden Strahlungen nur noch möglich sein, wenn ein entsprechender Facharzt eine Indikation gestellt habe, in der Nutzen und Risiken der Behandlung sorgsam gegeneinander abgewogen wurden.) vorgelegt. Er wird am Freitag in erster Lesung beraten. Damit würden Empfehlungen der Europäischen Union zum Schutz vor elektromagnetischen Feldern umgesetzt. Neue Vorschriften würden damit auch für den Bereich der optischen Strahlung getroffen. Insbesondere Minderjährige sollten in Zukunft besser vor den Auswirkungen künstlicher UV-Strahlung geschützt werden. Die Regierung stützt sich dabei auf Erkenntnisse, wonach UV-Strahlungen sowohl die Entstehung von Hautkrebs als auch den Verlauf einer Hautkrebserkrankung entscheidend beeinflussen können. In der Medizin solle daher die Anwendung von nichtionisierenden Strahlungen nur noch möglich sein, wenn ein entsprechender Facharzt eine Indikation gestellt habe, in der Nutzen und Risiken der Behandlung sorgsam gegeneinander abgewogen wurden.

!7.03.09

Im Bundestag notiert: **Belastung der Umwelt mit Dioxin und mit Polychlorierten Biphenylen (PCB)**

Umwelt/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/AS) Die Belastung der Umwelt mit Dioxin und mit Polychlorierten Biphenylen (PCB) sind Thema einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke (16/12222). Darin fragt die Fraktion, in welchen Bundesländern erhöhte Dioxin- und PCB-Belastungen festgestellt worden sind und welche Regionen in Deutschland als "natürlich" mit Dioxinen belastet gelten. Daneben möchten die Abgeordneten von der Regierung wissen, welche gesundheitlichen Folgen diese Belastungen beim Menschen auslösen und welche Höchstwerte für diese Stoffe in Nahrungsmitteln, Futtermitteln und in der Umwelt gelten.

*

Im Bundestag notiert: **kontaminierte Kabinenluft**

Verkehr und Bau/Antwort

Berlin: (hib/MIK) Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine grundsätzliche Gefährdung von Flugpersonal und Passagieren durch kontaminierte Kabinenluft vor. Dies erklärt sie in ihrer Antwort (16/12179 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/121/1612179.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/12023 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/120/1612023.pdf>).

13.03.2009

Zwei Glufosinat-haltige Pflanzenschutzmittel in Deutschland zugelassen

Ernährung und Landwirtschaft/Antwort

Berlin: (hib/HAU) In Deutschland sind aktuell mit "Basta" und "Liberty" zwei Pflanzenschutzmittel zugelassen, die das aminosäure-antagonistische Herbizid Glufosinat enthalten. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/12027) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/11841). Die Fraktion hatte in ihrer Anfrage auf Studien verwiesen, nach denen Glufosinat die Gehirnentwicklung beeinträchtigen und zu

Verhaltensstörungen führen könne. Laut Bundesregierung ist die Zulassung der Glufosinat-haltigen Pflanzenschutzmittel erfolgt, weil sie die aktuell gültigen Zulassungskriterien des Pflanzenschutzgesetzes erfüllten. Bei bestimmungs- und sachgemäßer Anwendung, so schreibt die Regierung weiter, sind keine Risiken für Anwender, Verbraucher und Umstehende zu sehen. In den seit dem Jahr 2000 im Rahmen der Überwachung von Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln untersuchten 197 Proben sei in keinem Falle Glufosinat nachgewiesen worden. Die Regierung rechnet damit, dass Glufosinat voraussichtlich unter die Ausschlusskriterien der neuen EU-Pflanzenschutzmittelverordnung fallen werde. Diese Verordnung sei derzeit jedoch noch nicht in Kraft.

4.03.2009:

Im Bundestag notiert: **Substitution risikoreicher Biozid-Wirkstoffe**

Umwelt/Unterrichtung

Berlin: (hib/AS) Über den Stand der Substitution risikoreicher Biozid-Wirkstoffe informiert eine Unterrichtung der Bundesregierung (16/12253 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/122/1612253.pdf>). Damit entspricht die Regierung dem Biozidgesetz aus dem Jahr 2002. Es sieht vor, dass die Regierung bis zum Jahr 2010 alle zwei Jahre Bericht darüber erstatten muss, inwieweit biozidreiche durch risikoärmere Biozid-Wirkstoffe ersetzt wurden.

*

DIP (Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge) ist das gemeinsame Informationssystem von Bundestag und Bundesrat. DIP dokumentiert das parlamentarische Geschehen in Bundestag und Bundesrat - wie es in Drucksachen und Stenografischen Berichten festgehalten ist. Umfangreiche Rechercheangebote ermöglichen einen Überblick über die gesamten parlamentarischen Beratungen beider Verfassungsorgane. <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

13.03.2009

Gesundheitliche Risiken durch begaste Schiffscontainer - Ergebnisse eines Expertengesprächs am BfR

Pressemitteilung: <http://www.bfr.bund.de/cd/28509>

Vortraege: <http://www.bfr.bund.de/cd/28506>

UBA (UMWELTBUNDESAMT)

Juni 2009

Neues Register gibt Bürgerinnen und Bürgern schnelle Auskunft

Wie viel Kohlendioxid bläst der Industriebetrieb in der Nachbarschaft in die Luft? Welche Schwermetalle leitet er in Flüsse ein? Und in welche Länder exportiert der Betrieb seine Abfälle? Wer aus privatem oder beruflichem Interesse Informationen über Freisetzungen von

Schadstoffen sucht, findet diese ab sofort im neuen Schadstoffregister PRTRDeutschland (Pollutant Release and Transfer Register). Der Zugriff erfolgt online unter www.prtr.bund.de und ist für alle Nutzerinnen und Nutzer völlig kostenlos

Mai 2009

Arzneimittel in der Umwelt

Bettina Rechenberg, Hermann Dieter
Presse-Hintergrundpapiere

Human- und Tierarzneimittel beeinflussen in bestimmungsgemäß erwünschter Weise Stoffwechsel und Körperfunktionen von Menschen oder Tieren. Wenn sie jedoch in die Umwelt gelangen, wirken sie als biologisch aktive Stoffe sehr wahrscheinlich in unerwünschter Weise auf andere Lebewesen. Daher ist die Umweltbewertung von Human- und Tierarzneimitteln seit 1996 im Arzneimittelgesetz als Bestandteil des Zulassungsverfahrens verankert. Mit den Reformen des europäischen Arzneimittelrechts 2001 und 2004 stärkte der Gesetzgeber die Umweltbewertung von Arzneimitteln. Allerdings kann nur bei Tierarzneimitteln ein identifiziertes Umweltrisiko zur Versagung der Zulassung führen.

Mehr unter: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3757.pdf>

28.05.2009

Schnelle Auskunft beim Chemieunfall

Gemeinsamer Stoffdatenpool von Bund und Ländern künftig auch für Bürgerinnen und Bürger zugänglich

Aktuelle, schnelle und verlässliche Informationen über chemische Stoffe und ihre Wirkungen auf die Umwelt sind wichtig – für den Umweltschutz und die Gefahrenabwehr durch Feuerwehr oder Polizei. Seit 1995 gibt es dafür den „Gemeinsamen Stoffdatenpool Bund/Länder“, kurz GSBL. Ab sofort sind die Daten zu rund 400.000 chemischen Stoffen noch besser aufbereitet und für alle Bürgerinnen und Bürger im Internet verfügbar. Am 28. Mai 2009 gaben Bund und Länder als Partner des GSBL den Startschuss zum neuen Online-Auftritt der Anwendung. Acht Länder und der Bund betreiben die Rechercheanwendung zu Stoffinformationen zentral. Die Daten sind über das Internet an jedem Ort mit Netzanschluss zugänglich. Bürgerinnen und Bürger haben künftig direkten und kostenlosen Zugriff auf den GSBL.

Der GSBL ist die größte und wichtigste Stoffdatenbank in Deutschland. Zu den rund 400.000 Stoffen sind in 480 Merkmalen die Stoffeigenschaften und rechtlichen Regelungen abgebildet. Dargestellt werden die Informationen als Faktendaten, wie Messwerte und beschreibt Maßnahmen – etwa für Havarien. Sowohl Experten als auch Laien erhalten die Stoffbeschreibungen in der für sie verständlichen Form. Zugangsberechtigt zur Gesamtanwendung sind alle staatlichen und kommunalen Behörden der beteiligten Partner. Für die breite Öffentlichkeit existiert eine Public-Use-Version, mit der die Daten online über das neue Portal recherchiert werden können.

Die Kooperation zwischen Bund und Ländern im GSBL hat lange Tradition: Schon seit 1995 pflegen Bund und Länder die Stoffdaten im gemeinsamen Daten-Pool. Seit 1998 gibt es eine Vereinbarung zur Rechercheanwendung. Umweltbehörden nutzen den GSBL für die Gewerbeaufsicht, den Arbeitsschutz oder bei der Entsorgung gefährlicher Stoffe. Die Wissenschaft schätzt die qualitativ hochwertige und aktuelle Zusammenstellung relevanter

Information. Auch zur Gefahrenabwehr ist der GSBL seit Jahren über seine Gefahrstoff-Schnellauskunft (GSA) ein wichtiges Informationsinstrument, etwa bei Katastrophen, Unfällen und Havarien mit gefährlichen Stoffen. Ersteinsatzkräfte, wie Feuerwehr und Polizei, sind wichtige Institutionen, die den GSBL nutzen.

Mehr Informationen unter www.gsbl.de .

**

Das Umweltbundesamt (UBA) hat eine Veröffentlichung zu Umweltgerechtigkeit herausgegeben: "Umwelt, Gesundheit und soziale Lage - Studien zur sozialen Ungleichheit gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen in Deutschland". Die Studienzusammenstellung ist in der neuen UBA-Reihe "Umwelt & Gesundheit" (2/2009) erschienen. Das Dokument steht als PDF unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3801 zum Herunterladen zur Verfügung.

Neu: Auf der Internetseite des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) wurde eine neue Rubrik "Umweltgerechtigkeit" eingerichtet.

<http://www.apug.de/uug/umweltgerechtigkeit/index.htm>

=====

Ende des newsletter/d/121

Wie ueblich koennen Sie diesen newsletter auch unter <http://www.safer-world.org/d/newsletter/2009/121.htm> als htm- oder unter <http://www.safer-world.org/d/newsletter/2009/121.pdf> als pdf-Datei downloaden.

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Verfasserin: Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet- Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt